

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. Oktober 2016
– Drucksache 16/860**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Drucksache 16/860 – Kenntnis zu nehmen.

23. 11. 2016

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/860, in seiner 4. Sitzung am 23. November 2016. Vorberatend hatten sich der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration, der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie der Ausschuss für Finanzen mit dieser Mitteilung befasst und empfahlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Willi Stächele hielt fest, der Ausschuss sei zu der Auffassung gekommen, über die vorliegende Mitteilung in der 19. Plenarsitzung am 30. November 2016 zu beraten.

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/860 Kenntnis zu nehmen.

24. 11. 2016

Josef Frey

Ausgegeben: 25. 11. 2016

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom
24. Oktober 2016
– Drucksache 16/860**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Drucksache 16/860 – Kenntnis zu nehmen.

16. 11. 2016

Der Berichterstatter:

Alexander Maier

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/860, in seiner 4. Sitzung am 16. November 2016 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa Kenntnis zu nehmen.

23. 11. 2016

Alexander Maier

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom
24. Oktober 2016
– Drucksache 16/860****Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Drucksache 16/860 – Kenntnis zu nehmen.

16. 11. 2016

Der Berichterstatter:

Fabian Gramling

Der Vorsitzende:

Dr. Erik Schweickert

Bericht

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beriet die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016, Drucksache 16/860, in seiner 5. Sitzung am 16. November 2016.

Ein Abgeordneter der SPD erkundigte sich, ob die vom Minister der Justiz und für Europa im Juli 2016 initiierte Ressortumfrage zur Brexit-Folgenabschätzung mittlerweile stattgefunden habe und ob hierzu Ergebnisse vorlägen.

Weiter fragte er, ob zu der am 15. Juni 2016 in Lyon stattgefundenen Tagung „Industry 2020 First“ der „Vier Motoren für Europa“ ein Tagungsprotokoll oder ein Bericht bzw. eine Conclusio der Landesregierung vorliege.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau teilte mit, die Ressortumfrage zur Brexit-Folgenabschätzung habe mittlerweile stattgefunden. Federführend sei das Ministerium der Justiz und für Europa. Nach der Kabinettsbefassung würden die Ergebnisse dem Landtag zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage des Abgeordneten der SPD legte eine Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa dar, die Landesregierung habe frühzeitig eine Ressortumfrage eingeleitet, um möglichst rasch zu dem Thema Brexit sprechfähig zu sein. Die Umfrage sei mittlerweile beendet. Die Ergebnisse würden ausgewertet und in absehbarer Zeit im Kabinett behandelt. Abgewartet werden solle noch, wie der Supreme Court in der Frage der Beteiligung des britischen Parlaments an dem EU-Austrittsprozess entscheide; dessen Befassung stehe Anfang Dezember 2016 an.

Darüber hinaus werde das Thema auf Wunsch Baden-Württembergs in der Europaministerkonferenz am 1. Dezember 2016 behandelt. Die Länder legten großen Wert darauf, in die Austrittsverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien eingebunden zu werden.

Der Ausschussvorsitzende fragte, ob davon ausgegangen werden könne, dass die Befassung des Kabinetts mit der anschließenden Informierung des Landtags spätestens im 1. Quartal 2017 geschehe.

Die Vertreterin des Ministeriums der Justiz und für Europa bejahte dies.

Der Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau trug vor, bei der angesprochenen Konferenz der „Vier Motoren für Europa“ in Lyon, bei der das Land Baden-Württemberg vertreten gewesen sei, hätten die Teilnehmer vereinbart, neben der bereits bestehenden intensiven Zusammenarbeit im Bereich Elektromobilität eine zweite Arbeitsgruppe zum Thema „Industrie 4.0“ zu gründen. Eine weitere Sitzung hierzu habe in Brüssel stattgefunden. Protokolle oder konkrete Ergebnisse lägen noch nicht vor. Überlegt werde, in welchen Bereichen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit gesetzt werden könnten.

Der Abgeordnete der SPD bat darum, die Ergebnisse aus diesen Beratungen dem Landtag zur Verfügung zu stellen, damit dies auf Parlamentsebene nochmals besprochen und Rückschlüsse daraus gezogen werden könnten.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, der Europaausschuss werde sich bei seiner Informationsreise schwerpunktmäßig mit den „Vier Motoren“ befassen. In diesem Zusammenhang werde sicherlich noch einmal in den Ausschüssen darüber berichtet werden.

Ein Abgeordneter der AfD äußerte, für widersprüchlich halte er folgende Aussage unter Teil B Abschnitt I Ziffer 1 – Brexit – der vorliegenden Mitteilung:

Es wird letztlich darauf ankommen, dem Vereinigten Königreich nicht zu weit entgegenzukommen (Verhinderung von Rosinenpickerei und Nachahmungseffekten in anderen Mitgliedsstaaten), ohne sich jedoch durch einen zu „harten“ Brexit ins eigene Fleisch zu scheiden.

Er warf die Frage auf, warum der Minister der Justiz und für Europa Angst davor habe, dass andere EU-Mitgliedsstaaten dem Beispiel Großbritannien folgten, wenn er die EU als so toll erachte.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau erwiderte, die Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraums sei für Baden-Württemberg von großer Bedeutung. Die Exportquote Baden-Württembergs liege bei 42 % des Bruttoinlandsprodukts. Baden-Württemberg exportiere Waren im Wert von 195 Milliarden € im Jahr; ein Großteil dieser Exporte gehe in die Europäische Union. Das Land habe daher ein großes Interesse, den europäischen Wirtschaftsraum so zu gestalten, dass die baden-württembergische Wirtschaft keinen Einbruch erleide. Es gelte daher, auf dieser Ebene wohlüberlegt zu handeln und mögliche Folgewirkungen zu bedenken.

Eine Abgeordnete der Grünen machte darauf aufmerksam, bei dem Besuch des Europaausschusses in Wales in der letzten Legislaturperiode sei von walisischer Seite deutlich gemacht worden, dass die Region, die eine intensive Beziehung zu den „Vier Motoren für Europa“ habe, auch bei einem Brexit großen Wert auf eine fortdauernde aktive Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg lege.

Einvernehmlich verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 16/860 zu empfehlen.

23. 11. 2016

Fabian Gramling

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Finanzen
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 24. Oktober 2016
– Drucksache 16/860****Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Drucksache 16/860 – Kenntnis zu nehmen.

17. 11. 2016

Der Berichterstatter:

Peter Hofelich

Der Vorsitzende:

Rainer Stickelberger

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 16/860 in seiner 6. Sitzung am 17. November 2016.

Ein Abgeordneter der CDU bemerkte, über den vorliegenden Bericht werde noch im Plenum und im federführenden Ausschuss für Europa und Internationales diskutiert. Daher beschränke er sich im Folgenden auf zwei Punkte.

Das Ministerium der Justiz und für Europa habe unter den Ressorts eine Abschätzung der möglichen Folgen eines Brexits für das Land initiiert. Das Ergebnis dieser Umfrage werde zeigen, wie sich ein Brexit auf Baden-Württemberg auswirke.

Zur Flüchtlingspolitik hätten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union u. a. dafür ausgesprochen, die Grundsätze der Solidarität anzuwenden. Jeder wisse allerdings, wie es um diese Solidarität in Europa gegenwärtig stehe. Die Entwicklung bleibe also abzuwarten.

Ein Abgeordneter der SPD erklärte, das Freihandelsabkommen CETA sei erst unterzeichnet worden, nachdem die Landesregierung ihren Bericht über aktuelle europapolitische Themen vorgelegt habe. Daher bestehe jetzt gegenüber dem Stand, den dieser Bericht ausweise, etwas mehr Klarheit in Bezug auf CETA. Ihm wäre daran gelegen, von der Finanzministerin zu erfahren, wie sie den CETA-Beschluss einschätze und wie Baden-Württemberg ihn unterstützen werde.

Ein Abgeordneter der AfD bat darum, dem Ausschuss aufzuzeigen, wie hinsichtlich CETA die Sonderregelung für die Region Wallonie aussehe. Der Abgeordnete fügte an, er habe dies bisher nur der Presse entnommen.

Die Ministerin für Finanzen teilte mit, was CETA betreffe, seien die Ressorts noch dabei, die Folgen der neuen Verhandlungsergebnisse abzuschätzen. Deshalb lasse

sich dazu heute keine endgültige Aussage treffen. Das Gleiche gelte für die von ihrem Vorredner angesprochene Sonderregelung für die Region Wallonie.

Sodann empfahl der Ausschuss für Finanzen dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 16/860 Kenntnis zu nehmen.

22. 11. 2016

Peter Hofelich